

Bulletin des DHI Moskau

Band 01

2006

Copyright

Das Digitalisat wird Ihnen von perspectiva.net, der Online-Publikationsplattform der Max Weber Stiftung – Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland, zur Verfügung gestellt. Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

V. V. Šelochajev, Moskau

Liberaler Strategien und Taktiken zur Lösung von Systemkrisen

Bei meinen langjährigen Studien zur Geschichte des Liberalismus in Russland und anderen Ländern, darunter auch Deutschland, interessierten mich nicht nur Fragen der Gemeinsamkeiten und Besonderheiten, sondern auch Situationen, wo der Liberalismus von Ländern im Übergangsstadium in wesentlichen Parametern den "Liberalismen" von Ländern, die bereits in eine Periode evolutionärer Entwicklung eingetreten waren, voraus war. Derartige Situationen gab es in Zeiten heftiger Systemkrisen des 17. bis 19. Jahrhunderts, als der Liberalismus, um adäquat auf die Herausforderungen der Zeit zu antworten, einen fälligen qualitativen Sprung in seiner Entwicklung machen musste. Dieser Gesetzmäßigkeit unterlag auch der russische Liberalismus, der sich an der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert zu einem Liberalismus neuen Typs wandelte. Diese Transformationen betrafen seine ideologischen, politischen und taktischen Komponenten. Der Liberalismus neuen Typs bildete nicht nur eine Synthese aus vorangehenden Stadien der eigenen Entwicklung, sondern machte auch einen „Sprung“ in der gedanklichen Erfassung der Evolutions- und Revolutionstheorie, des Vektors der weiteren Entwicklung neuer politischer und sozialer Autoren, die seine Verbündeten im Kampf für Demokratie und die Schaffung eines Sozialstaats werden konnten. Unter den Bedingungen der Systemkrise nahm der russische Liberalismus neuen Typs in einer Reihe von Positionen einen führenden Platz in der „Familie der Liberalismen“ ein. Aufbauend auf Erfahrungen vorangegangener Revolutionen in Westeuropa, so auch der Revolution von 1848 in Deutschland, konnte er mit eigenen Lösungsvorschlägen bei der Frage aufwarten, wie man verhindert, dass eine Krisensituation sich zu Chaos und Anarchie auswächst.

Im vorliegende Aufsatz, der meine vorausgegangenen Arbeiten weiterführt,¹ untersuche ich die liberale Konzeption von Krisen sowie die darin vorgeschlagenen Wege und Mechanismen zu ihrer Überwindung, angewandt auf die historischen Bedingungen Russlands zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Ich möchte betonen, dass das Problem der Krisen aus theoretischer und historiosophischer Warte am gründlichsten in den Arbeiten von Pavel Nikolaevič Miljukov analysiert worden ist. Unter Berücksichtigung der von der Geschichtswissenschaft bereits geleisteten Aufarbeitung der historischen und soziologischen Konzeption Miljukovs,² möchte ich zwei Arbeiten herausgreifen, in denen meines Erachtens seine Ausgangspositionen in Bezug auf die Krisen in Russland am deutlichsten formuliert sind.³ Der ersten Arbeit liegt eine Vortragsreihe zugrunde, die Miljukov an der Chicagoer Universität gehalten hat, der zweiten sein

¹ Siehe: Russkij liberalizm kak istoriografičeskaja i istoriosofskaja problema [Der russische Liberalismus als historiografisches und historiosophisches Problem], in: Russkij liberalizm: istoričeskie sud'by i perspektivy. Materialy meždunarodnoj naučnoj konferencii [Der russische Liberalismus: Historische Schicksale und Perspektiven. Materialien einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz], Moskau 1999, S. 17-38.

² Siehe: A. N. Meduševskij: Istorija russkoj sociologii, Moskau 1993; T. Bohn: Russische Geschichtswissenschaft von 1880 bis 1905. Pavel Miljukov und die Moskauer Schule, Köln 1998; T. Bon [Bohn]: Istorija kul'tury v Germanii i Rossii v trudach Karla Lamprechta i Pavla Miljukova, sravnitel'nyj analiz [Kulturgeschichte in Deutschland und Russland in den Arbeiten Karl Lamprechts und Pavel Miljukovs: eine vergleichende Analyse], in: P. N. Miljukov. Istorik, politik, diplomat. Materialy meždunarodnoj naučnoj konferencii Moskva, 26-27 maja 1999, Moskau 2000, S. 225-226.

³ P. Milyoukov: Russia and it's Crisis, Chicago 1905; P. Milyoukov: Constitutional Government for Russia, New York 1908.

Auftritt vor amerikanischem Publikum in der Carnegie Hall. Während Miljukov im ersten Buch soziologisch-vergleichend die historischen Besonderheiten von Krisensituationen in Russland in einem breiten chronologischen Rahmen entfaltet, so fasst er im zweiten die Erfahrungen von fünf Verfassungskrisen des Zeitraums 1905 bis 1907 zusammen.

Den Kern des Problems in Bezug auf die russische Geschichte sieht Miljukov in der asynchronen Situation ihrer beiden Ausgangskomponenten: zum einen des amorphen Zustands der russischen Gesellschaft, die in ihren Grundparametern traditionsbehaftet bleibt, zum anderen der Präsenz eines starken Staates, der im Verlauf der Jahrhunderte eine ambivalente Rolle spielte, bei der er einerseits die Gesellschaft von der gemeinsamen Ausarbeitung und Annahme von Beschlüssen fern hielt, und damit Konflikte generiert, und andererseits ein mächtiges Potenzial von Ressourcen in seinen Händen konzentrierte. Durch beides wurde er indes unter bestimmten Bedingungen zu einem realen Instrument, um das Land aus Krisensituationen herauszuführen. Im Rahmen dieser historischen Gegebenheit standen die russischen Liberalen vor einem schwierigen Problem: Auf welche Weise sollte die Transformation vom absoluten Staat zu einem Rechtsstaat verwirklicht werden, der seinerseits den friedlichen Übergang der Traditions- zu einer Zivilgesellschaft ermöglichen konnte.

Aus dieser allgemeinthoretischen Prämisse ergab sich logisch das Hauptziel des Liberalismus – mit verschiedenen Methoden und Mitteln auf den absolutistischen Staat und seine Institutionen und Strukturen einzuwirken, um sie allmählich aus Machtorganen, die vornehmlich enge ständische und korporative Interessen verteidigen, in konstitutionelle Institutionen und Strukturen im eigentlichen Sinne zu verwandeln, deren Aufgabe die Realisierung systembezogener demokratischer Umgestaltungen im Interesse der Gesellschaft als Ganzes ist. Die Weigerung der alten politischen Machteliten, einen solchen Kurs liberaler Reformen einzuschlagen, war nach Meinung Miljukovs einer der ausschlaggebenden Gründe für die permanenten Krisen im Verlauf der gesamten russischen Geschichte. Mehr noch, an der Schwelle zum 20. Jahrhundert wurden diese Krisen besonders folgenschwer durch ihre Tendenz, sich zu einer sozialen Revolution auszuweiten.

Miljukov war der Ansicht, dass die Permanenz der Krisen nur dann überwunden und der Teufelskreis nur dann durchbrochen werden könne, wenn der Absolutismus selbst sich zu einem Rechtsstaat wandle und den Übergang von der Traditions- zur Zivilgesellschaft ermögliche. Eine so umfassende Transformation ist theoretisch auf zweifache Weise denkbar: durch eine Verwirklichung konstitutioneller Reformen „von oben“ oder „von unten“ auf dem Wege einer sozialen Umwälzung mit nicht vorhersagbaren Folgen für das weitere Schicksal Russlands. Ich möchte hervorheben, dass im Unterschied zu den Vertretern des klassischen Liberalismus, die gerade eine friedliche konstitutionelle Transformation bevorzugten, die Neoliberalen, deren Theoretiker und Führer Miljukov war, sich als Anhänger der ersten Variante positionierten, die man als politische Revolution erachtete.

Nach aufmerksamem Studium früherer westeuropäischer Revolutionen des 17. bis 19. Jahrhunderts, darunter auch in Deutschland, erkannten die Liberalen der neuen Generation deren fortschrittliche Rolle an. Dabei gingen sie sehr differenziert an die Charakterisierung und Herausarbeitung der wichtigsten Komponenten des Begriffs „Revolution“ selbst heran, indem sie ihn in zwei „Begriffe“ aufgliederten – die soziale Revolution und die politische Revolution. Letzterer Revolutionstyp erschien den Neoliberalen nicht nur möglich, sondern in einigen konkreten Fällen sogar historisch unausweichlich. „Wir“, schrieb Miljukov, „sind für die

Revolution, weil sie dem Ziel der politischen Befreiung und der sozialen Reform dient; aber wir sind gegen diejenigen, die die Revolution für permanent erklären“.⁴ Die Neoliberalen waren der Ansicht, dass die politische Revolution völlig gesetzmäßig in dem Fall ist, wo sie die Lösung objektiv herangereifter historischer Aufgaben auf sich nimmt, die aus den einen oder anderen Gründen das bisherige politische Regime nicht in der Lage ist zu lösen. Daraus folgte die Anerkennung des obersten Rechts der Revolution „als Faktor, der künftiges Recht im offenen Kampf mit dem historischen Recht des heute überlebten politischen Systems schafft“.⁵ In diesem Kontext stellte die politische Revolution einen großen konstitutionellen Umschwung „in den Lebensbedingungen und den Denkmustern [dar], einen Umschwung in materieller Hinsicht sowie in den Ideen und dem Streben des ganzen Volkes“.⁶ Aus diesen allgemeinthoretischen Überlegungen folgte: Die Liberalen setzten die politische Revolution mit dem Übergang zur Verfassungsordnung gleich (konstitutionelle Revolution) und hielten sie für den ersten praktischen Akt und die notwendige Bedingung, wonach die evolutionäre, durch Rechtsnormen geregelte demokratische Umgestaltung des gesamten Systems der ökonomischen und sozialen Beziehungen beginnen sollte.

Was den Begriff der sozialen Revolution betrifft, so lehnten die neoliberalen Theoretiker und Politiker ihn ab; sie störte vor allem gerade seine marxistische Interpretation und die gewaltsamen, außerhalb des Rechts stehenden Methoden ihrer Verwirklichung. „Der Begriff der sozialen Revolution als theoretischer Begriff“, schrieb Pjětr Bernardovič Struve, „ist nicht nur bedeutungs- und zwecklos, sondern geradezu irrig. Wenn ‚soziale Revolution‘ einen völligen Umsturz der Sozialordnung bedeutet, so kann sie in unserer Zeit nicht anders denkbar sein, als in Form eines andauernden, ununterbrochenen Prozesses sozialer Umgestaltungen“.⁷ So lief bei den liberalen Theoretikern und Praktikern das Problem der Überwindung des Teufelskreises permanenter Krisenzustände auf die Befreiung des Landes vom absolutistischen Regime hinaus und auf seine Ersetzung durch Institutionen und Strukturen eines verfassungsmäßig verankerten Rechtsstaates. Der Übergang von einem schon überlebten politischen System zu einem anderen, zeitgemäßen System war eine gesetzmäßige Erscheinung, das Ergebnis objektiv herangereifter Bewegungen in der Wirtschaft sowie in der sozialen und geistigen Sphäre. Die Frage, die die Liberalen beunruhigte, war: Wie bald erkennt das autoritäre Regime die Notwendigkeit objektiv herangereifter politischer Reformen; gelingt es „den Oberen“, das politische System zu modernisieren, bevor „die Unteren“ es mit Gewalt zerschlagen.

Die Liberalen stellten den Kampf gegen den Absolutismus als Kampf vor allem gegen die Willkür der Bürokratie dar, ein Kampf, der Jahrzehnte lang von der russischen Intelligenz geführt wurde, und meinten, es genüge, bloß den bürokratischen „Auswuchs“ vom gesunden Körper des Staatsorganismus abzuschneiden und die Jahrhunderte alte „Scheidewand“ zwischen Macht und Volk zu liquidieren, und schon bilde sich im Land nahezu automatisch eine konstitutionelle Rechtsordnung heraus. Die Schwierigkeit und Tragik der Situation bestand aus ihrer Sicht darin, dass das absolutistische Regime sowie die hinter ihm stehenden sozialen und politischen Kräfte, die um jeden Preis ein Maximum ihrer Privilegien und ihres Eigentums zu bewahren suchten,

⁴ P. N. Miljukov: God bor’by. Publicističeskaja chronika [Ein Jahr des Kampfes. Publizistische Chronik], St. Petersburg 1907, S. 168.

⁵ Ebd., S. 165.

⁶ P. N. Miljukov: Vtoraja Duma [Die zweite Duma], St. Petersburg 1908, S. 29.

⁷ P. B. Struve: Marksova teorija social’nogo razvitija [Marxens Theorie der sozialen Entwicklung], Kiew 1905, S. 22.

nicht von selbst und freiwillig den neuen Zeitströmungen, die schon nach den Reformen⁸ in Russland Wurzeln geschlagen haben, nachgeben, die Macht abgeben und ihr Eigentum mit den neuen sozialen und politischen Schichten teilen wollen. Die Liberalen standen vor einem äußerst schwierigen Dilemma: entweder unterwürfig auf politische Reformen „von oben“ zu warten oder Eigeninitiative zu zeigen und selbst den Kampf mit dem bestehenden Regime aufzunehmen. Die erste Variante war theoretisch vorzuziehen, und die Liberalen gingen davon aus, dass man eine politische Reform „von oben“, die mit einer gewissen Verbesserung der materiellen Lage der Massen einhergehe, „immer gern beschleunigen und ihr den Weg frei machen sollte, da dies bedeutet, den Weg für einen natürlichen Verlauf des Lebens freizumachen“. Sie zogen aber durchaus auch die zweite Variante in Betracht, wo man bei einer fatalen Unzugänglichkeit der alten Macht vielleicht zu revolutionären Methoden des Kampfes greifen muss. In diesem Fall verpflichteten sie sich dazu, die öffentliche Meinung auf die Wahrnehmung herangereifter Umschwünge vorzubereiten, die man nach Möglichkeit ohne gewaltsamen Sturz des Absolutismus vollziehen sollte. Eine gewaltsame Revolution, so betonten die Liberalen mehrfach, sollte man vermeiden, „sie abzuwenden ist eine Akt politischer Kunst“.⁹

Da sie in einer Krise des politischen Systems und im scharfen Konkurrenzkampf verschiedenartiger politischer Kräfte in Russland nicht passive Zuschauer bleiben wollten und sich zu Anhängern einer friedlichen politischen Revolution erklärt hatten, waren die Liberalen gezwungen, sich „auf den Boden der Revolution“ zu stellen und die ihr eigenen Formen und Methoden des Kampfes gegen den Autoritarismus anzuerkennen. Nicht umsonst unterstrich Miljukov, dass die Revolution eine Methode und eine Art des Kampfes sei, aber kein Ziel für sich.¹⁰

Die Vorbereitung einer politischen Revolution in Russland sollte nach Meinung der Liberalen vor allem in der geistigen Vorbereitung der Nation zum Ausdruck kommen, deren öffentliche Meinung der materiellen Kraft des Regimes entgegengestellt werden sollte. Die Liberalen sahen ihre Aufgabe darin, der Gesellschaft den einfachen Gedanken vor Augen zu führen – „so kann man nicht mehr leben“. Das autoritäre Regime habe seinen Platz freiwillig anderen politischen Kräften zu überlassen. Dabei verstanden die Liberalen sehr wohl, dass ein „Aufrütteln“ des gesellschaftlichen Bewusstseins in Krisenzeiten zu einem zweifachen Ergebnis führen kann: Entweder verzichtet die Macht freiwillig auf ihre Vorrechte und gibt der öffentlichen Meinung nach, da jede Regierung gegen den geistigen Aufstand der Bevölkerung im Grunde machtlos ist, oder es kommt, im gegenteiligen Fall, zu einem gewaltsamen Zusammenstoß zwischen der sich an ihre Macht klammernde unumschränkte Bürokratie und dem aufständischen Volk. Aus einem gewaltsamen Sturz des Autoritarismus ziehen jedoch nach Meinung der Liberalen nur die Handlanger der Selbstherrschaft einen Vorteil, die sich auf organisierte, grobe physische Gewalt stützen.¹¹ Ein bewaffneter Volksaufstand, erklärten die Liberalen, sei von sich aus nicht in der Lage, die materiellen Kräfte des Staates zu besiegen, daher seien seine Unterdrückung und die Wiederherstellung der alten Ordnung nahezu unausweichlich. Schließlich würden die Kräfte des Fortschritts auf lange Zeit von den Kräften der Reaktion besiegt werden, und das zögere natürlich die ersehnte konstitutionelle Umgestaltung des Landes auf unbestimmte Zeit hinaus.

⁸ Aufhebung der Leibeigenschaft 1861 u.a.m. (Anm. d. Ü.)

⁹ P. N. Miljukov: Vtoraja Duma, S. 29.

¹⁰ P. N. Miljukov: God bor'by, S. 165.

¹¹ Poljarnaja zvezda [Polarstern], 1906, Nr. 5, S. 352.

Mit diesem Argument waren die Liberalen im Prinzip gegen eine bewusste und planmäßige Vorbereitung eines bewaffneten Aufstands und unterstrichen, dass sie nicht an „jene technisch ablaufende, aufrührerische Revolution“ glaubten, „die man mit verschiedenen Methoden organisatorischen Charakters vorbereiten muss“.¹² Zugleich waren sie der Ansicht, dass ein bewaffneter Aufstand nur dann gerechtfertigt sein könne, wenn er spontan ausbreche, denn ein spontaner Ausbruch der Volksempörung, bei dem das Volk plötzlich zu den Waffen greift, würde gewöhnlich sogar der Revolution sehr nützen. Er erleichtere nämlich der Armee und besonders den Offizieren den Verzicht auf die Anwendung von Waffengewalt und rechtfertige, dass sie auf die Seite des Volkes übergehen. Die Idee der Liberalen ist in diesem Fall ganz einfach: Die Möglichkeit des spontanen Ausbruchs eines Volksaufstands lässt sich nicht völlig ausschließen, damit muss man auf die eine oder andere Weise rechnen oder sich sogar abfinden; wichtig ist nur, die Massen nicht an den Gedanken zu gewöhnen, staatliche Fragen mit Waffengewalt zu lösen.¹³

Im Kontext der oben erläuterten theoretischen Prämissen wird verständlicher, was Miljukov meinte, wenn er fünf Phasen des Kampfes um eine Verfassung zu Beginn des 20. Jahrhunderts herausarbeitete. Die erste Phase – die „Befreiungsphase“ – war gekennzeichnet durch die Einheit der Handlungen aller demokratischen Kräfte auf der Basis des durch die so genannte „Volksfront“ erzwungenen Manifests vom 17. Oktober 1905. In der zweiten Phase, die nach Veröffentlichung des Manifests begann, vollzog sich die Spaltung der Einheitsfront im Kampf gegen den Autoritarismus. Sie äußerte sich einerseits in einer Ausdifferenzierung innerhalb der liberalen Opposition und andererseits in der verstärkten Konfrontation zwischen dem Liberalismus insgesamt und den Sozialisten, vor allem ihrem extremistischen Teil, der im Dezember 1905 den Versuch eines bewaffneten „Sturms“ auf den Autoritarismus unternommen hatte. In dieser Phase stand der rechte Flügel der liberalen Opposition, der „Bund des 17. Oktober“, für die Unterstützung des „sich modernisierenden“ Regimes. Das „Zentrum“ des Liberalismus bildeten die Parteien der Demokratischen Reformen, der Friedlichen Erneuerung sowie der Fortschrittlichen. Sie setzten ebenfalls auf friedliche Reformen und Methoden des parlamentarischen Kampfes. Der linke, aktivere und stärker demokratisch orientierte Flügel der liberalen Opposition, die Konstitutionellen Demokraten („Kadetten“), verstand jedoch sehr wohl, dass der Autoritarismus nur gezwungenermaßen nachgegeben hat, und bestand konsequent und entschieden auf der Notwendigkeit einer unverzüglichen „Umschmelzung“ der deklarativen Versprechungen des Manifests vom 17. Oktober 1905 in konkrete Verfassungs- und Rechtsakte, die in ihrer Gesamtheit folgendes garantieren sollten: erstens die Unumkehrbarkeit der Errungenschaften der ersten Phase der gesamt-nationalen politischen Revolution; zweitens die Ersetzung der alten Machtinstitutionen und –strukturen durch ein verantwortliches Ministerium, das aus angesehenen Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens gebildet werden sollte. Der liberalen Opposition insgesamt wiederum passten die extremen Positionen der linksradikalen politischen Parteien (vor allem der Sozialdemokraten) nicht, die darauf abzielten, dass die politische (konstitutionelle) Revolution in eine soziale umschlägt. Auch konnten sie nicht die Kampfmaßnahmen der Sozialisten gegen das Regime (Terror, Exzesse) unterstützen, die sich schon 1905 zu einem umfassenden Bürgerkrieg auswachsen konnten.

Nach dem Sieg in der Ersten Staatsduma, die den Beginn der dritten Phase markierte, setzten die Führer der konstitutionell-demokratischen Partei endgültig nicht mehr auf die „Straße“, sondern auf die Volksvertretung. Sie wollten sie als Hauptinstrument benutzen, um einerseits

¹² Reč' [Die Rede], 2. Juni 1906.

¹³ Osvoboždenie [Befreiung], 1905, Nr. 74, S. 401.

Systemreformen anzugehen und andererseits Druck auf die Macht auszuüben. Die Kadetten verfolgten das Ziel, einen Konsens zwischen der Staatsmacht und der Gesellschaft herzustellen, was seinerseits eine soziale Revolution vermeiden half. Wenngleich die Kadetten die Priorität eines friedlichen parlamentarischen Weges zur Lösung von Systemkrisen anerkannten, bedeutete dies jedoch nicht, dass sie bereits in der dritten Phase völlig mit der Revolution gebrochen hatten. Vielmehr brachte die Revolution von 1905 bis 1907 gerade der liberalen Opposition Vorteile, denn sie ebnete ihr den Weg für eine Verwirklichung des Verfassungsmodells bei der Umgestaltung Russlands. Im Unterschied zu den Linksradiكالen, den Sozialisten, die auf einer Überführung der politischen Revolution in eine soziale bestanden, waren die Liberalen um jeden Preis bemüht, die errungenen Resultate der politischen Revolution zu festigen und mit Hilfe der von ihnen vorgeschlagenen systembezogenen Maßnahmen die Entwicklung Russlands endgültig in eine friedliche parlamentarische Richtung zu lenken.

Das autoritäre Regime löste jedoch die Erste und Zweite Duma auf und blockierte damit die Weiterentwicklung Russlands auf dem Weg des Parlamentarismus, den die Kadetten vorgeschlagen hatten. Anstelle eines liberalen Modells des realen Konstitutionalismus für Russland wurde nun nach Worten Miljukovs in der vierten Phase unter Kontrolle der Bürokratie und des Adels das Modell des sog. monarchischen Scheinkonstitutionalismus implementiert, das den Interessen der liberalen Opposition nicht entsprach. Ungeachtet dessen, dass die revolutionäre Massenbewegung unterdrückt worden war und die Regierung von Pjotr Arkadjevič Stolypin unter Berücksichtigung der durch diese Bewegung vermittelten Erfahrungen der Gesellschaft ein Reformpaket konservativ-liberalen Charakters anbot, war sich die liberale Opposition schon nicht mehr sicher, dass die Staatsmacht dieses aufrichtig tue und bereit sei, die Reformen in vollem Umfang zu verwirklichen. Die sich abzeichnenden negativen restaurativen Tendenzen, die von rechtskonservativen Kreisen der Bürokratie initiiert wurden, beunruhigten die Liberalen. Unterstützt von bürokratischen Kreisen, vom Rat des vereinigten Adels und der Hofkamarilla verhehlten die rechtskonservativen Kräfte nicht ihren Wunsch nach Revanche für die Niederlage von 1905 und 1906. Daher schlossen die Liberalen in der fünften Phase der Verfassungskrise, die nach dem 3. Juni 1907 begann,¹⁴ die hypothetische Möglichkeit einer Restauration des autoritären Regimes in seinem früheren Umfang nicht mehr aus.

Nach dem 3. Juni entstand eine Lage, in der schon ganz deutlich die Perspektive einer neuen und größeren Systemkrise gesehen wurde, die sich erneut in eine permanente Revolution zu verwandeln drohte. Die Liberalen standen, wie schon vor 1905, vor dem Dilemma: entweder Restauration des Absolutismus im Sinne der rechtskonservativen Kräfte, oder soziale Revolution im Sinne der linksradikalischen Sozialisten. Für die liberale Opposition war es ganz offensichtlich, dass es zwischen diesen beiden extremistisch gestimmten Kräften früher oder später zu einem Zusammenstoß kommen würde. Der einzige Weg, ihn zu vermeiden, schien der einer radikalen politischen Reform, die auf grundlegende Weise, ohne die sozialen Beziehungen zu berühren, zu einer friedlichen Transformation des politischen Systems führen und die Krise auf dem Weg des Rechts zu lösen erlaubte. In dieser dramatischen Situation wies die Geschichte den Liberalen die Rolle eines Vermittlers zwischen den einander entgegen gesetzten materiellen Kräften zu. Ihre Aufgabe bestand darin, zwischen ihnen einen Kompromiss herbeizuführen. Diese historische Mission konnten die Liberalen jedoch im Moment der Entfaltung einer neuen Etappe der

¹⁴ An diesem Tag löste die Regierung nach Verhaftung der sozialdemokratischen Dumaabgeordneten und der Führer der Sozialrevolutionäre die Duma auf und erließ unter Verstoß gegen die Reichsgrundgesetze ein neues Wahlgesetz, das eine konservative Mehrheit sicherte (sog. Staatsstreich vom 3. Juni). (Anm. d. Ü.)

Systemkrise nicht erfüllen. Mehr noch waren sie selber gezwungen, Kompromisse sowohl mit den rechtskonservativen Kräften in der Periode der Dritten und Vierten Duma, als auch mit den linksradikalen sozialistischen Kräften nach dem Sieg der Februarrevolution 1917 einzugehen. Sowohl in dem einen als auch in dem anderen Fall befanden sich die Liberalen in einer unvorteilhaften Lage, da sie keine eigenen materiellen Kräfte hatten, die es ihnen erlaubt hätten, die Bedingungen des Kompromisses zu diktieren.

Die Februarrevolution von 1917 schien nur anfänglich ein Ausweg aus diesem Teufelskreis zu sein. Die Liberalen schätzten die Ereignisse vom Februar und März 1917 als politische Revolution ein, die sie endlich an die Macht bringen könnten. Sie waren davon überzeugt, dass sie selbst die allgemeinen nationalen Interessen Russlands am adäquatesten zum Ausdruck brächten. In der Situation nach dem Februar standen sie vor einer zweifachen Aufgabe: zum einen die Errungenschaften der politischen Revolution zu bewahren und auf dem Gesetzeswege zu sichern und zum anderen ein Abgleiten des Landes in Anarchie und Chaos einer sozialen Revolution zu verhindern. Dabei hegten die Liberalen die naive Hoffnung, dass die linksradikalen Sozialisten auf ihre Machtansprüche verzichten und die Provisorische Regierung unterstützen würden. Eine Zeitlang hingen sie der Illusion nach, dass die Räte der Arbeiter- und Soldatendeputierten, deren Führung in der ersten Zeit bei den gemäßigten Sozialisten lag, eine sichere Rückendeckung gegenüber Maximalismus und Bolschewismus bildeten. Jedoch erwies sich das Kalkül der Kadetten, mit den Räten zusammen zu arbeiten, als unrealistisch, denn die „vernünftig denkenden“ sozialistischen Elemente empfanden selber einen wachsenden Druck „von unten“. Um ihren Einfluss auf das Volk zu erhalten, das von den Unbilden des Krieges, Arbeitslosigkeit und Inflation ermüdet war, waren die Sozialisten gezwungen, einerseits Druck auf die Provisorische Regierung auszuüben, indem sie ihr in immer größerem Umfang radikale und praktisch unerfüllbare Forderungen stellten, und andererseits sich mit den radikal und extremistisch gestimmten Elemente gut zu stellen, die für eine „Vertiefung“ der Revolution und ihren Übergang in eine soziale Revolution eintraten.

Ungeachtet der Radikalisierung ihres Programms (Verzicht auf die Monarchie und Anerkennung einer demokratischen Republik, Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, wesentliche Zugeständnisse im Sozialbereich usw.) ist es den Kadetten dennoch nicht gelungen, die sich rasch ausbreitende Krise zu überwinden, die im Herbst 1917 schon einen allgemeinen nationalen Charakter annahm. Ohne eine feste soziale Basis und folglich ohne reale materielle Kräfte konnten die Liberalen trotz zahlreicher Propagandaaktionen nicht verhindern, dass das Land in Anarchie und Chaos abglitt. Zum Herbst hin verlor die Provisorische Regierung die Kontrolle über die politische Lage im Land. Die liberale Taktik des Konsenses und Kompromisses erlitt einen Misserfolg. Der Hauptgrund für die misslungenen Versuche der Liberalen, einen Ausweg aus den Systemkrisen zu finden, lag meines Erachtens vor allem darin, dass sich in Russland eben keine strukturierte Zivilgesellschaft gebildet hatte. Mehr noch, in der Gesellschaft vollzog sich eine tief gehende kulturelle und soziale Spaltung, es gab keine Erfahrung mit demokratischen Vorgehensweisen und einer dialogischen Lösung objektiv herangereifter Probleme. Letzen Endes konnte der Liberalismus in Russland keine Wurzeln schlagen, weder als weltanschauliches System noch als effektive politische Praxis.